

Finanz- und Wirtschaftskrise

Chronik der Maßnahmen des Bundes zur Konjunkturbelebung 2009 mit Nebenströmungen

27. Januar: US-Präsident Barack Obama hält eine in alle Länder der Welt übertragene, historische Fernsehansprache. Wesentliche Inhalte seiner Rede stimmen mit den Vorstellungen überein, die man sich bereits vor seinem Amtsantritt gemacht hatte, wie etwa seine Pläne zur Neuausrichtung säkularer Ikonographie und zur Aufzucht von Welpen im Weißen Haus. Europa, so die Kernaussage, dürfe bei diesem Prozess nicht isoliert werden.

30. Januar: Um die Automobilindustrie „nicht unter die Räder kommen zu lassen“ (Bundeswirtschaftsminister Glos), stimmt die Bundesregierung dem Antrag zu, die Massenproduktion eines bei Porsche gefertigten „Volkswagens für alle“ zu subventionieren und über die Discounter anzubieten. Der Bundesvorstand der Grünen und besonders Claudia Roth nennen dieses Vorgehen „eine blanke Verzweiflungstat und umweltpolitisch den Irrsinn“ und drohen damit, um die Umsetzung zu verhindern, aus dem Vermögen ihrer Partei die Produktionsstätten aufzukaufen, um wiederum Metall zu Stricknadeln und Pflügen umzuformen.

4. Februar: Die Bundesregierung verfügt, die Abwrackprämie, die bislang nur PKW-Besitzern vorbehalten blieb, nun auch Reedern und Eignern von Yachten an der Côte d'Azur auszuhändigen.

5. Februar: In einem „Quasi-Husarenritt“ (Bundesfinanzminister Steinbrück) beschließt die Bundesregierung die Abrissprämie. Das bedeutet: Hauseigentümer erhalten, sobald sie ihr eigenes Heim abreißen oder zertrümmern, eine Prämie in Höhe von € 10.500, die sie umgehend in die Errichtung ein neues Eigenheims zu investieren haben.

6. Februar: Binnen einer heftig geführten Bundestagsdebatte verteidigt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen den sog. Familienbonus. „Es können nun mal nicht alle Familien von ihrer Musik leben. Ich weiß das aus eigener Erfahrung“, wirft die Ministerin ein und wedelt mit einem Exemplar der Schallplatte der Albrecht Familie.

10. Februar: Mit der Absicht, mehr Konsumanreize zu schaffen, gibt das Kabinett Merkel grünes Licht für die Eröffnung von staatlichen Konsumhallen. Ein Mindestlohn für das zupackende Wach- und Verkaufspersonal, welches Bürgerinnen und Bürger aus allen bisher bekannten Milieus beherzt antreibt, aus dem Sortiment zu wählen, um dem Staat damit Devisen zu bescheren, sei mit ihm, bekräftigt Bundesarbeitsminister Scholz, nicht zu machen.

14. Februar: Sowohl Vertreter der Arbeitgeberverbände als auch Topmanager von Finanzinstituten zahlen freiwillig ihre Reichensteuer an den Bund zurück. Dass es sich dabei laut Oskar Lafontaine um „eine vorher nie da gewesene Umkehrung der Verhältnisse handelt“, bleibt weitgehend unbemerkt.

20. Februar: US-Präsident Barack Obama besucht Berlin. In seiner Rede im Reichstag schlägt er vor, obwohl es ihn, wie er vorgibt, eigentlich nichts angehe, insbesondere den berlinischen Maurerbetrieben mit staatlichen Aufträgen auf die Sprünge zu helfen. Dabei erntet Obama von diversen Fraktionen Gelächter, von den Linken hingegen muss der Präsident sich Zurufe gefallen lassen, er solle doch mal in Texas nachschauen.

25. Februar: Das Interesse öffentlicher Einrichtungen an einer Ausweitung der Abrissprämie nimmt entgegen den Vermutungen des Bundeskabinetts zunehmend zu. „Es hat sein Gutes“, meinen mehrere Ministerpräsidenten und Bürgermeister. „Brauchen wir mehr Bagger, kriegen mehr Menschen Brot.“

1. März: Da es den notleidenden Kreditinstituten der Republik noch keinen Deut besser geht, schreitet die Regierung ein und beruft eine Spendengala auf dem Fernsehsender SAT.1 ein. Anke Engelke und Bastian Pastewka moderieren die überregionale TV-Veranstaltung und tragen mit launigen Kalauern zum großen Erfolg der Spendengala bei: „Navi-Gerät in der Limousine eines Bankbosses: ‚Sie haben Ihr Ziel erreicht. Bitte aussteigen!‘ Darauf der Bankboss: ‚Welches Ziel?‘ Das Navi im Auto: ‚Sie müssen trotzdem aussteigen!‘“

19. März: Das Investitionsprogramm des Bundes in Straßen, Schienen und Schulen greift. Die Straßen werden sicherer, Schienen poliert und Schüler von der Sturzhelmpflicht in Schulgebäuden befreit.

21. März: Die Deutsche Bahn erhöht – „Nur so aus Spaß“, wie Bahnchef Mehdorn versichert – die Preise im Nah- und Fernverkehr um 12 %.

2. April: Bundesverkehrsminister Tiefensee kurbelt die Binnenkonjunktur im größten Binnenhafen der Welt – Duisburg! – an, indem er dort Goldfischschwärme aussetzt.

18. April: Bei einem G 20-Gipfel treffen die Staatschefs einvernehmlich die Entscheidung, sämtliche Steueroasen in Oman sowie in Libyen zu schließen. Heißes Wasser, äußert Minister Steinbrück, müsse man eben woanders holen.

11. Mai: Die amtliche Steuerschätzung fällt mit den Worten von Minister Steinbrück erwartungsgemäß „ziemlich mau aus.“ Obgleich Schlupflöcher gestopft und Gesetzeslücken gepfropft wurden, ragen die Steuergeschenke des Staates nicht über das durchschnittliche Niveau von 3,1 % hinaus. Von der EU-

Kommission bekommt die Bundesregierung deswegen einen Rüffel, den sich Brüssel, meint Steinbrück, irgendwo ...

23. Mai: Horst Köhler (Favorit der Mehrheit der Bundesversammlung) wird erneut zum Bundespräsidenten gewählt. Peter Sodann, der gescheiterte Kandidat der Linken, übernimmt im ARD-Tatort die Rolle des Diogenes von Sinope und fordert die ebenfalls gestrandete Gesine Schwan (für die SPD) auf, aus seiner Tonne zu steigen.

29. Mai: Die Deutsche Bahn erhöht die Preise im Personenverkehr um weitere 7 %. „Schließlich sind bald überall Ferien“ (Bahnchef Mehdorn).

3. Juni: Um Unruhen in der Bevölkerung und Aufständen in den Metropolen entgegenzuwirken, übernimmt der Bund – trotz Rekorddefizits und eines Kredit- und Zinsvolumens von bedenklichem Ausmaß – die Deutsche Bahn und zerschlägt mit diesem Staatsakt das sog. Mehdorn-Kartell.

7. Juni: Die Wahlbeteiligung zur Wahl des Europäischen Parlaments beträgt knapp 32 %.

25. Juni: Die an deutschen Hochschulen ansässigen Institute für Wirtschaftswissenschaften und Kulturanthropologie kommen in umfänglichen Studien zu dem Ergebnis, dass Fussballeuphorie (Fifa-WM 2006) und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik in keinem Zusammenhang stehen.

27. September: Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag kommt es, als die FDP auf 24 % klettert, zu einem Erdrutsch. Da dadurch das Land einen Ausnahmezustand erlebt und alle Rettungskräfte im Einsatz sind, muss die nunmehr aufgehobene Bundestagswahl auf Ende Februar 2010 verlegt werden. Hilfen aus dem Ausland lehnt die kommissarische Kanzlerin ab.